

Politik



☰ Menü

Startseite > Politik > Deutschland > Julian Assange > Anklage gegen Juli



Anklage gegen Julian Assange

S+ »Dann verlieren wir unsere Demokratie«

Die neue US-Regierung könnte das Schicksal des seit 2019 in Großbritannien inhaftierten Wikileaks-Gründers wenden. Vor Angela Merkels USA-Reise hoffen Unterstützerinnen und Unterstützer auf ein Ende des Strafverfahrens.

Von **Okan Bellikli**

12.07.2021, 21.00 Uhr





Vor dem Brandenburger Tor fand eine Mahnwache zu Assanges 50. Geburtstag statt. Foto: Matthias Reichelt / imago images/Matthias Reichelt

Es ist ein Geburtstag, also gibt es Ballons. Rund 20 von ihnen steigen vor dem Brandenburger Tor in die Luft; rote, gelbe, grüne. Der Jubilar sitzt in London, im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. Losgelassen haben sie Besucherinnen und Besucher einer Kundgebung für den Mann, der dort seit gut zwei Jahren eingesperrt ist: Julian Assange. Er wird an diesem Tag 50, weshalb sich Menschen an vielen Orten der Welt versammelt haben, um auf sein Schicksal aufmerksam zu machen. Es ist bereits der dritte Geburtstag, den der Wikileaks-Gründer hinter Gittern verbringt. Zu Unrecht, wie seine Unterstützer finden. Und nun mehren sich in Deutschland Stimmen, die den Umgang mit Assange scharf kritisieren, darunter sind zahlreiche Bundestagsabgeordnete.

Anfang 2020 machte der Uno-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, eine breitere Öffentlichkeit auf eine, wie er es nannte, internationale Verleumdungskampagne

gegen Assange aufmerksam. Spätestens seitdem gibt es auf der ganzen Welt Gruppen, die in Solidarität mit Assange regelmäßig Aktionen veranstalten. Melzer spricht von einem »der größten Justizskandale aller Zeiten«. An Assange solle »ein Exempel statuiert werden – zur Abschreckung aller, die die schmutzigen Geheimnisse der Mächtigen ans Licht ziehen wollen«, schreibt er in einem im April erschienenen Buch . Ein Gericht lehnte Anfang 2020 den Auslieferungsantrag der USA, wo Assange 175 Jahre Haft drohen, vorerst ab. Vergangene Woche wurde aber die Berufung der amerikanischen Ankläger zugelassen. Noch ist unklar, wann die entsprechende Verhandlung sein wird. Worum geht es?

»An Assange soll ein Exempel statuiert werden.«

Nils Melzer, Uno-Sonderberichterstatter für Folter

Die Enthüllungsplattform hatte Dokumente veröffentlicht, die unter anderem amerikanische Kriegsverbrechen in Afghanistan und dem Irak belegen sollen. Auch der SPIEGEL veröffentlichte Material dazu. Kurz darauf erhoben schwedische Behörden fragwürdige Vergewaltigungsvorwürfe gegen Assange, er bekam jahrelang Asyl in der ecuadorianischen Botschaft in London. Nach einem Regierungswechsel in Ecuador und politischem Druck aus den USA wurde der gebürtige Australier nach fast sieben Jahren in dem Gebäude der britischen Polizei und Justiz übergeben. Kritiker sprechen von einem Schauprozess und einem Angriff gegen die

Pressefreiheit.

Eine der Unterstützerinnen, die seine Freilassung erreichen wollen, ist Marie Wasilewski. »Ich war erschüttert, als ich gesehen habe, wie er aus der ecuadorianischen Botschaft herausgeführt wurde«, sagt die in [Nordrhein-Westfalen](#) lebende Frau, die seitdem im deutschsprachigen »Free Assange«-Netzwerk aktiv ist. Die Bewegung [ist international](#), neben den bekannten Whistleblowern [Edward Snowden](#) und [Daniel Ellsberg](#) unterstützen sie [Prominente](#) wie der Wissenschaftler Noah Chomsky, der Künstler [Ai Weiwei](#) und der Pink-Floyd-Sänger [Roger Waters](#). Laut Wasilewski gibt es in rund 20 deutschen Städten aktive Gruppen, vor den coronabedingten Einschränkungen seien es um die 35 gewesen.

In vielen Städten gibt es Aktionen

Das Netzwerk ruft etwa dazu auf, US-Justizminister Merrick Garland einen Brief oder eine E-Mail zu schreiben und ihn aufzufordern, die Vorwürfe gegen Assange fallenzulassen. Außerdem könne man den Kontakt zu Bundestagsabgeordneten, zu Medien oder Menschenrechtsorganisationen suchen, sagt Wasilewski: »Wenn wir als Bevölkerung nichts tun, dann verlieren wir unsere Demokratie.« Regelmäßig veranstalten die Unterstützerinnen und Unterstützer Mahnwachen, verteilen Flyer zur Aufklärung oder organisieren Lesungen mit Auszügen aus Nils Melzers Buch.

Eine [Webseite](#) listet alle Aktionen in Deutschland, [Österreich](#) und der [Schweiz](#) auf, stellt Hintergrundinformationen und Druckvorlagen für Poster

und Ähnliches zur Verfügung . Auch Liedtexte finden sich online, etwa eine abgewandelte Version von »Die Gedanken sind frei« mit dem Titel »Lasst Julian endlich frei!«. Besonders viele Menschen erreichen die Ortsgruppen bisher nicht. Die rund 200 Menschen bei der Geburtstagsmahnwache in [Berlin](#) seien schon eine sehr große Zahl gewesen, so Wasilewski, die in einer Hochschule arbeitet.

»Dann ist das das Ende der Pressefreiheit.«

Marie Wasilewski, Aktivistin

Die Ursache für die geringe Aufmerksamkeit sieht Wasilewski vor allem an einer Stelle: »Viele Medien müssten sich mal auseinandersetzen mit ihrer Mitschuld am Schicksal von Julian Assange«. Sie hätten sich ohne genaue Prüfung der Vorwürfe an der »Lügengeschichte« der Behörden in [Schweden](#) beteiligt, weil das gute Schlagzeilen gebracht habe. Einige Medienhäuser hielten sich deswegen zurück.

»Wenn es so weit kommt, dass wir im Westen unsere Journalisten dafür ins Gefängnis stecken, dass sie unbequeme Wahrheiten aufdecken, dann ist das das Ende der Pressefreiheit«, sagt die Aktivistin. Dutzende Menschenrechts- und Medienorganisationen sehen das ähnlich und sprechen sich deshalb ebenfalls gegen eine Auslieferung Assanges an die USA aus – darunter [Amnesty International](#), Human Rights Watch und Reporter ohne

Grenzen.

Die Bundesregierung dagegen äußert sich zurückhaltend zu dem Verfahren. Regierungssprecher [Steffen Seibert](#) sagte am Montag, die Bundesregierung vertraue darauf, dass Assange in [Großbritannien](#) ein rechtsstaatliches Verfahren bekomme. Aktivistin Wasilewski: »Das ist so ein bisschen wie: Wir glauben an den Osterhasen.«

Ex-Innenminister Gerhart Baum (FDP), Linkenpolitikerin Sevim Dağdelen, Investigativjournalist Günter Wallraff und Ex-Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) Foto: FELIPE TRUEBA/EPA-EFE/REX

Andere bekannte Köpfe aus der Politik sind aktiver. Anfang Februar 2020 traten der frühere Bundesaußenminister [Sigmar Gabriel](#) (SPD) und Ex-Innenminister [Gerhart Baum](#) (FDP) zusammen mit der Linken-Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen und dem Investigativjournalisten [Günter Wallraff](#) anlässlich ihrer Kampagne »Assange helfen« in der Bundespressekonferenz auf. Die Gruppe veröffentlichte eine ganzseitige Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sowie eine Petition, die inzwischen mehr als

45.000 Menschen unterschrieben haben. Ex-Justizministerin [Katarina Barley](#) (SPD) gehört dazu, ebenso die ehemaligen Bundesjustizministerinnen [Herta Däubler-Gmelin](#) (SPD) und [Sabine Leutheusser-Schnarrenberger](#) (FDP) sowie die Schriftstellerinnen [Elfriede Jelinek](#), Eva Menasse und die Schriftsteller [Navid Kermani](#) und [Daniel Kehlmann](#).

Kurz vor der Reise von Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) (CDU) in die USA am Mittwoch hat sich Investigativjournalist Wallraff jetzt erneut zu Wort gemeldet. Zusammen mit 119 namhaften Persönlichkeiten bittet er Merkel zu helfen, »dass Julian Assange nicht weiter in Haft bleiben muss, in der er durch anhaltende Isolation gesundheitlich systematisch zerstört wird«.

Bekannte Politikerinnen und Politiker haben unterschrieben

Unterzeichnet haben neben Prominenten wie der Journalistin [Alice Schwarzer](#) Politikerinnen und Politiker großer Parteien außer AfD und [CSU](#), darunter Grünenchef [Robert Habeck](#), der SPD-Vorsitzende [Norbert Walter-Borjans](#), Bundestagsvizepräsident [Wolfgang Kubicki](#) (FDP) und NRW-Integrationsstaatssekretärin Serap Güler (CDU). Wallraff sagt: »Was hier systematisch betrieben wurde, nannte man in der [DDR](#) zur Zeit des Kalten Krieges ›Zersetzung‹. Da wurden Regimekritiker mithilfe von Rufmordkampagnen bis in den privatesten Bereich zur Unperson, zum Monster erklärt. Hier ist das von US-Geheimdiensten mit einer jahrelangen Propagandastrategie an einer Person exekutiert worden.«

Die Linkenpolitikerin Dağdelen besuchte Assange nach eigenen Angaben als erste Vertreterin des Bundestags 2012 in der Londoner Botschaft Ecuadors. Kurz vor einem weiteren Besuch 2019 wurde der Wikileaks-Mann festgenommen. »Es ist wichtig, dass die Mächtigen nicht durchkommen damit, jemanden mundtot zu machen und lebendig im Gefängnis zu begraben, nur weil er die Wahrheit geschrieben und Kriegsverbrechen der USA, Folter und Korruptionsskandale aufgedeckt hat«, sagt die Abgeordnete. Dafür verdiene er einen Preis, keine Strafe.

Würde Angela Merkel sich bei Präsident [Joe Biden](#) für die Freilassung Assanges einsetzen, wäre das eine großartige humanitäre Geste, so Dağdelen. Sie hoffe, »dass die Bundesregierung erkennt, dass der Umgang mit dem Dissidenten des 21. Jahrhunderts ein Schandfleck für die westliche Wertegemeinschaft ist. Denn wo bleibt der viel beschworene Einsatz für Menschenrechte, für Meinungs- und Pressefreiheit, wenn es um das Leben eines Dissidenten des Westens geht?«

Mehr zum Thema

Inhaftierter WikiLeaks-Gründer: Prozess um Assanges Auslieferung geht in nächste Runde

Inhaftierter Wikileaks-Gründer: Julian Assange plant Hochzeit im Hochsicherheitsgefängnis

Wikileaks-Gründer wird nicht ausgeliefert: RichterIn sieht bei Assange Suizidgefahr Von Michael Sontheimer

Auslieferungsverfahren gegen WikiLeaks-Gründer: Deutsche Politiker fordern Assanges Freilassung

Zusammen mit einer Kollegin und drei Kollegen aus allen Bundestagsparteien außer CSU und AfD hat Dağdelen Ende 2020 die fraktionsübergreifende Arbeitsgemeinschaft »Freiheit für Julian Assange« gegründet. Anfang Juli rief die Gruppe US-Präsident Joe Biden dazu auf, »die Verfolgung des Wikileaks-Gründers zu stoppen«. Außerdem fordern auch diese Abgeordneten Angela Merkel dazu auf, sich bei ihrem Washington-Besuch für Assange einzusetzen. »Die jüngsten Enthüllungen über erfundene Hacking-Vorwürfe eines mit dem **FBI** kooperierenden Kronzeugen zeigen einmal mehr, dass die Anschuldigungen gegen den Journalisten Julian Assange konstruiert und haltlos sind«, heißt es in dem Brief.

Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler (SPD), sagte bereits im Dezember, den Fall Assange verfolge sie »mit Sorge«. Seitdem hat sich die

Politikerin öffentlich dazu nicht mehr geäußert. Journalist Wallraff sagt: »Die Hoffnung stirbt zuletzt.« **S**

Diskutieren Sie mit >

[Feedback](#)

Mehr lesen über

Julian Assange

USA

Angela Merkel

SPD

FDP

Irak

t

Verwandte Artikel

- **Wikileaks-Gründer wird nicht ausgeliefert: Richterin sieht bei Assange Suizidgefahr**
- **Inhaftierter WikiLeaks-Gründer: Prozess um Assanges Auslieferung geht in nächste Runde**

Spiele

[mehr Spiele](#)

Worträtsel

Solitaire

Sudoku

Mahjong

Bubbles

Exch

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

ANZEIGE

IKEA Gutscheine

Amazon Gutscheine

Mister Spex Gutscheine

70€ Rabatt

[Top Gutscheine](#) [Alle Shops](#)

Auto

Autokredit
Bußgeldrechner
Firmenwagenrechner
Kfz-Versicherungsvergleich

Job

Brutto-Netto-Rechner
Jobsuche
Kurzarbeitergeld-Rechner
Studienfächer erklärt

Finanzen

Gehaltsvergleich
Handytarife
Immobilienbewertung
Strom/Gas-Vergleich
Studium und Finanzen
Versicherungen
Währungsrechner

Freizeit

Bücher bestellen
Bundesliga-
Experten
Eurojackpot

Ferientermine
GlücksSpirale
Gutscheine

LOTTO 6aus49
Spiele
Sportwetten

Reisedeals

Alle Magazine des SPIEGEL

DER SPIEGEL

SPIEGEL Bestseller

SPIEGEL GESCHICHTE

S-Magazin

SPIEGEL Gruppe

[Abo](#) [Shop](#) [manager magazin](#) [Harvard Business manager](#) [buchreport](#) [Werbung](#) [Jobs](#)
[MANUFAKTUR](#) [SPIEGEL Akademie](#) [SPIEGEL Ed](#)

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Nutzungsbedingungen](#) [Cookies & Tracking](#) [Newsletter](#) [Kontakt](#)
[Hilfe](#) [Text- & Nutzungsrechte](#)



[Facebook](#)



[Twitter](#)



[Wo Sie uns noch folgen können](#)
